

„Aeneis“ als Großproduktion in Innsbruck Seite 12

Ein letzter Applaus für Fuchs SPORT Seite 13

derStandard.at/Panorama



## Ausgliederung des KAV beschäftigt Rot-Grün

Seit Montag ist die zweite Auflage der rot-grünen Koalition in Wien ein Jahr im Amt. Pläne, den Krankenanstaltenverbund auszulagern, sieht der Grüne Joachim Kovacs im STANDARD-Chat äußerst skeptisch.

David Krutzler  
Rosa Winkler-Hermaden

Wien – Ein harmonisches Miteinander signalisierten Sybille Straubinger, Landesparteisekretärin der Wiener SPÖ, und Joachim Kovacs, Landessprecher der Wiener Grünen, als sie am Montag, dem Tag des Ein-Jahr-Jubiläums der zweiten rot-grünen Koalition in der Bundeshauptstadt, zu Gast im STANDARD-Chat waren. Man arbeite „konstruktiv, freundschaftlich und aktiv“ miteinander, sagte Straubinger. Kovacs ergänzte den Zustand des Koalitionsklimas um die Adjektive „zukunftsorientiert“ und „nachhaltig“.

Hinter den Kulissen rumort es allerdings. Am Montag kochte das Thema Krankenanstaltenverbund (KAV) neuerlich hoch. Die SPÖ strebt, wie berichtet, eine Umwandlung in ein eigenständiges Unternehmen mit Personal- und Budgethoheit an. Auch Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) hatte seine Unterstützung dafür geäußert.

Die Idee entstand offenbar im Zuge des Nachdenkprozesses rund um die städtische Verwaltungsreform. Dabei wurden alle Mitarbeiter der Stadt Wien gebeten, Vorschläge abzugeben, durch



Joachim Kovacs (Grüne) und Sybille Straubinger (SPÖ) beantworteten Fragen der Userinnen und User. Vor einem Jahr wurde die Neuauflage der rot-grünen Koalition in Wien unterzeichnet.

welche Maßnahmen Einsparungen erzielt werden können.

Das Pikante an der Sache: Schon bei der Präsentation der Vorschläge für die Verwaltungsreform am 18. Oktober soll das Vorhaben aufgelistet gewesen sein. Nur: Die Grünen legten ihr Veto ein, damit schon an die Öffentlichkeit zu gehen. Ihnen sei der Prozess zu schnell gegangen, berichten Rathaus-Insider. Sie wollten das Thema noch parteiintern diskutieren. Auch im Chat gab

sich Kovacs am Montag eher ablehnend. „Wir stehen Ausgliederungen immer äußerst kritisch gegenüber“, sagte er.

Doch auch SPÖ-Intern dürften noch nicht alle auf Schiene sein. Gegenwind kommt aus der Gewerkschaft. Die *Kronen Zeitung* berichtete am Montag dennoch von einem für kommenden Montag anberaumten Vorstand, bei dem die Ausgliederung beschlossen werde. Außerdem wurde in dem Bericht über eine Regierungs-

umbildung spekuliert, bei der Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) abberufen und – nach einer Ausschreibung – als neue Chefin des dann ausgegliederten Spitalbetreibers installiert werde.

Der jetzige KAV-Generaldirektor Udo Janßen müsste demzufolge, quasi als Bauernopfer, nach diversen Turbulenzen rund um die Arbeitszeiten der Ärzte und der Kritik am Krankenhaus Nord, das Feld räumen. Dazu Straubinger im Chat: „Ich höre das Gerücht zum

ersten Mal.“ Funktionen sollen ihrer Meinung nach nicht aufgrund von Parteizugehörigkeit vergeben werden, sondern aufgrund von Qualifikation. „Kompetenz schließt Parteizugehörigkeit übrigens nicht aus“, so die Landesparteisekretärin, die auch zum Richtungsstreit zwischen rechtem und linkem Lager innerhalb der SPÖ bloß sagte: „Wir sind eine breite Partei, und wir diskutieren gern.“

### U-Ausschuss: VP, FP uneins

Die Wiener ÖVP mit Landeschef Gernot Blümel nahm die Diskussion über die Ausgliederung des KAV am Montag zum Anlass, einen sofortigen Untersuchungsausschuss zum Thema KAV sowie den Kostensteigerungen beim Projekt Krankenhaus Nord anzuregen. Nur: Die zur Kleinpartei geschrumpfte Fraktion braucht für dieses Vorhaben die Unterstützung der FPÖ. Die Freiheitlichen können mit ihren 34 Mandatären seit der Wien-Wahl 2015 im Alleingang einen U-Ausschuss oder eine U-Kommission beantragen. Diesen müssen mindestens 30 Mandatäre unterschreiben.

Die FPÖ selbst will aber nichts überstürzen und sprach von einem „letzten, verzweifelten Aufbäumen Blümels“. Die Blauen wollen einen Rechnungshofbericht zum KAV abwarten. Zudem teilt die FPÖ die Rechtsansicht der ÖVP nicht: Die Schwarzen befürchten, dass der KAV bei einer schnellen Ausgliederung nicht mehr durch eine U-Kommission prüfbar sei. Laut FPÖ sei das noch acht Jahre lang möglich.

Kommentar Seite 32

Der Chat zum Nachlesen auf: [derStandard.at/Panorama](http://derStandard.at/Panorama)

## Steiermark krepelt Spitalslandschaft total um

Gesundheitszentren sollen Krankenhäuser entlasten – Einige Spitäler werden gesperrt

Walter Müller

Graz – Nach der Gemeindestrukturenreform mit all den – zum Teil hart diskutierten – Gemeindezusammenlegungen wagt sich die steirische ÖVP-SPÖ-Regierungskoalition nun über den nächsten großen Reformbrocken: das Spitals- und Gesundheitswesen.

In den kommenden Jahren will die Landesregierung das System der Gesundheitsversorgung im Bundesland komplett umkrempeln. Statt 15 wird es nur noch neun Spitäler in den Bezirken geben. In den Regionen werden die verbliebenen Krankenhäuser zu „Leitospitälern“ mit speziellen Ausrichtungen umgestaltet. Die

nicht mehr benötigten Spitäler sollen nachgenutzt und in die neue Gesundheitsstruktur des Bundeslandes integriert werden.

Um die Spitäler zu entlasten, werden für die Primärversorgung Gesundheitszentren vorgeschaltet sowie ambulante Facharztzentren aufgebaut. Für den medizinischen Erstkontakt wird zusätzlich landesweit ein „Gesundheitstelefon“ rund um die Uhr besetzt sein. In den einzelnen Gemeinden sollen „Gemeindegewestern“ engagiert werden.

Die am Montag in der Grazer Messe präsentierte Reform soll in den nächsten Wochen in Regionalkonferenzen debattiert und im Frühjahr 2017 beschlossen wer-

den. Da im Zuge der Reform unweigerlich auch Schließungen von Spitälern auf der Agenda stehen, will Gesundheitslandesrat Christopher Drexler (ÖVP) einige Energie in die Kommunikation stecken. „Es ist entscheidend, dass die Menschen den Spitalsplan mittragen und auch mitgestalten. Wir werden ausreichend kommunizieren und auch ausreichend Zeit geben, damit sich die Bevölkerung einbringen kann.“

Welche Spitäler letztlich gesperrt werden, werde noch erarbeitet. „Vieles wird noch im Gehen entstehen“, sagte Drexler.

Über den Hintergrund der anstehenden Reform bemerkte kürzlich der Vorstand der Krankenanstaltengesellschaft Kages, Karl-Heinz Tschelliessnigg: „Wir haben praktisch alle 30 Kilometer ein Spital in der Steiermark, damit die größte Spitalsdichte in Europa. All das ist mit der Entwicklung der Medizin, mit der Spezialisierung aber auch mit der Arztausbildung und mit dem Arbeitszeitengesetz in Zukunft nicht mehr vereinbar.“

Die Opposition im Landtag bleibt aber kritisch. Die KPÖ mutmaßt, dass die Einsparungen am Spitalssektor nun als „Reform“ verkauft würden. FPÖ und Grüne bleiben ebenso auf Distanz. Die Grünen wollen eher das Hausarztssystem verbessern und ausbauen.

## Ideenlose Stadtplanung

Architekten: Projekt Seestadt zerstört Bregenz

Bregenz – Mit der Seestadt sollte in Bregenz ein neues Kapitel in der Stadtentwicklung aufgeschlagen werden. Der Bau des neuen Handels-, Büro- und Wohnquartiers wird aber immer wieder hinausgeschoben.

Seit Stadt und landeseigene Gesellschaften das Areal 2008 an den Projektbetreiber Prisma verkauft haben, änderten sich die Besitzverhältnisse durch den Einstieg der SES Spar European Shopping Centers GmbH und damit auch Nutzungs- und Gestaltungspläne. Aus dem ursprünglich geplanten Bildungs- und Kreativcampus wurde ein Shoppingcenter.

Nun spricht sich eine unabhängige Initiative aus Architekten und Kulturschaffenden in einer Presseaussendung für einen Neustart aus. Denn der Entwicklung der Stadt würde durch eine Realisierung inhaltlich, architektonisch und städtebaulich irreversibler Schaden zugefügt.

Das Objekt riegelt die Innenstadt vom See ab. Die 230 Meter lange Seeseite hinteransicht werde „bewusst für immer unattraktiv und ohne Aufenthaltsmöglichkeit“ gestaltet. Ohne Geh- und Radweg mache man aus der Landesstraße eine Stadtautobahn. Die gestalterische Idee fehle vollkommen: „So entsteht Banalität statt Qualität, Beliebigkeit statt Relevanz, Rückschritt statt Aufbruch.“ Für Stadtbaumeister Bernhard

Fink kommt die Kritik viel zu spät. „Bebauungspläne und Planauftragverfahren sind rechtsgültig.“

Würde die Behörde nun einen Neustart fordern, „werden uns Rechtsanwälte schreiben, was das kostet“. Andreas Cukrowicz, Sprecher der Initiative, entgegnet: „Der Zeitpunkt ist richtig, weil wir jetzt erst Gewissheit über die Pläne haben.“ Prisma-Vorstand Bernhard Ölz verweist auf den Gestaltungsbeirat der Stadt, man habe das Projekt mehrfach überarbeitet. Zuständig für Stadtplanung ist Vizebürgermeisterin Sandra Schoch (Grüne). Sie wundert sich über die Kritik und meint: „Ein Neustart kann nur im Einvernehmen mit den Eigentümern erfolgen.“ (jub)



Es wird in der Steiermark landesweit das Notarztssystem ausgebaut, eigene Gesundheitszentren sollen die Spitäler entlasten.

Foto: APA / EXPA / Martin Huber



Architekten fordern ideenreiche Überbauung des Seestadtareals.

Foto: Stiplovsek